

# Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand

Berlin, April 2022

## Wofür steht der Westen?

**Der Westen und seine Ambivalenzen – was bleibt als Orientierung für die deutsche Politik?**

1. Einleitung
2. Die Deutschen und der Westen
3. Der Westen – ein „Mega“-Begriff und seine Substanz
4. Freiheit und Demokratie
5. Werteorientierung tut not – mit Europa als Grundlage und Perspektive
6. Westliche Ideale und die neuen Probleme
7. Was kann ein deutscher und ein sozialdemokratischer Beitrag sein?
8. Für eine globale Kooperation der Demokratien – als Utopie aus dem Westen

# 1. Einleitung

Wofür steht der Westen? Die Antwort auf diese Frage hat eine neue Aktualität gewonnen. Der Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 und der dort stattfindende grausame Krieg, besonders gegen die Zivilbevölkerung, führt zu einer bis dahin in dieser Dimension nicht erwarteten neuen Konfrontation zwischen Russland und der EU, den USA und der NATO. Mit dieser Konfrontation hat die Bedeutung des Zusammenhalts zwischen jenen Staaten, die landläufig bei aller Ambivalenz als Westens verstanden werden, eine neue Aktualität gewonnen. Die abgestimmten und weitreichenden Sanktionen gegen Russland belegen dies eindrücklich. Dass sich Putin kurz vor dem Einmarsch seiner Truppen für seine Politik Rückendeckung von China geholt hat, schließt in einem künftigen Konflikt möglicherweise geopolitisch China ein - als ein globaler Gegensatz zwischen demokratischen und autokratischen politischen Systemen.

Die neue, jedenfalls mit Russland nicht nur kurzfristige, Konfrontation zwingt die SPD auch als Friedenspartei, politisch Stellung zu beziehen und ihren politisch verlässlichen Ort unter den neuen Verhältnissen und Bedingungen zu finden. Dazu gehört nach vielen kontroversen Debatten über die Zugehörigkeit des Westens im Vorfeld dieser Ereignisse eine Klärung dessen, wofür der Begriff des Westens heute steht. Nur so kann die kommende Politik, die die deutsche Sozialdemokratie verantwortlich mitprägen muss, nach innen und nach außen verlässlich und vertrauenswürdig sein. Dieser Klärung dient der folgende Text der Grundwertekommission.

Der „Westen“ meint hier keinen geographischen Ort, sondern eine geistige und politische Grund-Orientierung, in deren Zentrum die Freiheit des Individuums steht. Sie hat sich zwar historisch konkret seit dem 17. Jahrhundert in Europa und Nordamerika herausgebildet, aber in sie sind Jahrhunderte alte, auch außereuropäische philosophische und religiöse Inspirationen eingegangen. Im Zuge der Aufklärung haben sie sich zu einem spezifischen Verständnis einer universell geltenden Würde aller Menschen und zu einem daraus folgenden normativen Anspruch auf deren gleiche politische Freiheit kristallisiert, als Maßstab politischen Handelns.

Heute findet sich diese Grund-Orientierung der gleichen Freiheit aller Menschen in vielen Teilen der Welt, in UN-Erklärungen, in staatlichen Verfassungen und bei unzähligen politischen Akteuren, insbesondere in der globalen Zivilgesellschaft. Dabei bilden sich kulturell verschiedene Formen des „Westens“ heraus. Haben sie einen gemeinsamen Kern? Wenn ja, worin besteht er?

Die Antwort auf diese Frage ist umso dringlicher, als die Praxis vieler Staaten und Politiker:innen, die als Vertreter des Westens aufgetreten sind, bis heute z.T. gravierend und selbstzerstörerisch gegen die Normen der westlichen Grund-Orientierung verstößt. Hat der

Westen sich damit erübrigt? Muss die SPD sich von einem Begriff verabschieden, der in der internationalen Politik erneut für viele Menschen, insbesondere angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine, eine herausragende Bedeutung gewonnen hat? Wir meinen: nein. Deshalb entwickeln wir, was jetzt gemeinsam, vorurteilsfrei und zukunftsorientiert diskutiert werden muss. Und legen hierfür unseren Vorschlag dessen vor, wofür (heute) der Westen steht – faktisch und als politische Aufforderung.

### **Im Konkreten:**

Die Jahrzehnte des Kriegs um Afghanistan, das gemeinsame und letztlich nicht erfolgreiche Eingreifen einer politischen und militärischen Allianz unter der Führung der USA, das sich nach dem Selbstverständnis der Beteiligten ausdrücklich im Geist des Westens begründete, und schließlich der demütigende Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan und das Schicksal der Menschen dort dürfen nicht vergessen werden. Handelt es sich hier um eine welthistorische Zäsur? Was bedeutet die Erfahrung mit Afghanistan für das bisherige Selbstverständnis des Westens, für die universalen Werte einzutreten?

Zum Handeln, zum Nachdenken und zur Neubesinnung gleichermaßen zwingt erst recht der grausame, das Völkerrecht wie die Menschenrechte brutal missachtende Überfall Russlands auf die Ukraine. Dieser Aggression muss entschieden und solidarisch entgegengetreten werden, um den Angriffskrieg Russlands und die Zerstörung der Ukraine möglichst schnell zu beenden und der Ukraine ihre Souveränität, ihre Zivilität und ihre Lebensgrundlagen zurück zu geben. Die Vereinten Nationen haben mit überwältigender Zustimmung und gleichwohl mit einer relevanten Zahl an Enthaltungen und einigen Gegenstimmen diesen barbarischen Akt verurteilt. Es ist hier in besonderer Weise der Westen, politisch konkret die EU, die USA und die NATO, der Russland frontal gegenübersteht und dieses auf noch nicht absehbare Zeit weitertun muss und tun wird. Dieser Angriffskrieg von Putin Russland ist ohne jeden Zweifel ein dramatischer politischer Einschnitt. Er missachtet aus reiner Willkür und Großmächtigkeit heraus das internationale Recht und zerstört mit der Ukraine auch den europäischen Frieden und alle Regeln und Verträge, die bisher die europäische Friedensordnung ausgemacht haben.

Was bedeutet dieser fundamentale Angriff auf die Menschenrechte und auf die Prinzipien des Rechts und der Demokratie für die Stärke der Werteorientierung in der globalen Politik? Was kann und muss der Westen dem entgegensetzen? Welche Formen der internationalen Kooperation kann und muss es auch weiterhin geben angesichts der existentiellen Herausforderungen der Zukunft für die gesamte Menschheit? Und welche konstruktive Rolle kann und muss der Westen hierbei einnehmen?

**Im Grundsätzlichen:** In welcher Welt wollen und werden wir in Zukunft leben? Wird sie noch geprägt sein durch die Prinzipien der Aufklärung, die Orientierung an den Menschenrechten,

die Stärkung von Freiheit, Pluralismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit? Autoritäre und autokratische Mächte drängen nach vorn. Der wieder zunehmend stattfindende „Systemwettbewerb“ verlangt eine Positionierung. Sind die autoritär/autokratischen Regime letztlich schneller, zielgenauer, leistungsfähiger in der Garantie von Wohlfahrt und Sicherheit genauso wie in der Bekämpfung von Armut und der Bewältigung der ökologischen Transformation als westliche Demokratien? Bekommen autokratische Regime damit eine höhere Autorität und werden zum Front Runner und Vorbild für immer mehr Staaten in der Welt? Drohen westliche Demokratien in autokratische Systeme abzugleiten und wie lässt sich das verhindern?

Es gibt die Stimmen, die eine Werteorientierung von Politik als Klotz am Bein einer rein ökonomisch geprägten Außenwirtschaftspolitik sehen und für die Wirtschaft, Wohlstand, Wachstum und Arbeitsplätze vor politischen Werten und Wahrhaftigkeit rangieren. So wie es auch die Einschätzungen gibt, dass für ganze Kulturen und auch für viele Menschen im Westen Freiheit und Demokratie nachrangig sind, solange ihr Wohlstand und ihre Konsumwünsche erfüllt werden und ihr ganz persönlicher Individualismus ungestört bleibt von den Anforderungen der politischen Verantwortung und der Partizipation.

Die unerwartet heftige, tapfere und bisher erfolgreiche Gegenwehr der Ukraine im Zeichen ihrer Freiheit, gegen den russischen Überfall, steht dagegen.

**Im Historischen:** Der Ost-Westkonflikt nach dem 2. Weltkrieg ist durch den Zusammenbruch des Sowjetimperiums durch einen vorübergehenden „Triumph des Westens“ abgelöst worden, dem seinerseits inzwischen eine „Götterdämmerung des Westens“ und der liberalen Demokratie in den USA und in manchen westeuropäischen Staaten folgen könnte. Über viele Jahrzehnte ist der Westen Sinnbild für liberale Demokratie und demokratische politische Kultur gewesen. Er bedeutete Zustimmung zur pluralistischen Gesellschaft, zu den Menschenrechten, zur individuellen Freiheit als demokratischem Kernbegriff, zur politischen Kultur der Freiheit. Gleichzeitig sind auch normative Ambivalenzen gewachsen, durch die der Vorbildcharakter des Westens, der in der Nachkriegszeit über eine lange Zeit in der Bevölkerung dominiert hat, tendenziell einer Abkehr vom Westen oder einer heftigen Kritik an ihm gewichen ist. Die Frage bleibt offen, wohin der Westen seinen Weg gehen wird.

## **2. Die Deutschen und der Westen**

An diese Stelle gehört ein Blick auf unsere eigene Geschichte.

Deutschlands Verhältnis zum „Westen“ ist über weite Teile unserer Geschichte unentschieden bis ablehnend gewesen. Die republikanischen Revolutionen in Amerika 1776 und in Frankreich 1789 fanden hier keine erfolgreiche Entsprechung. Das Nationale und das Demokratische verbanden sich in Deutschland nicht zu einer neuen republikanischen

Staatlichkeit. Die aus der Revolution 1848 hervorgegangene Nationalversammlung scheiterte. Und die nationale Einigung 1871 stellte gerade keinen Triumph der Volkssouveränität dar, sondern war das Ergebnis von Kriegen und Adelsallianzen.

Dass die „westlichen“ liberalen Demokratien dem deutschen Wesen nicht gemäß seien, ist Gegenstand umfangreicher Legitimationsliteratur des preußisch-deutschen Kaiserreichs. Auch bürgerliche Kreise stellten den Antagonismus von „westlichem“ Materialismus und Krämergeist auf der einen Seite und überlegenem deutschen Idealismus und deutscher Kultur und Seelentiefe auf der anderen Seite stolz heraus. Sozialdemokraten vertraten demgegenüber eine internationalistische Weltanschauung, die sich an Freiheitlichkeit, Gleichheit und Solidarität als universalen Werten orientierte. Die Weimarer Republik vermochte diesen Kulturkampf nicht zu überwinden. In der Nazi-Ideologie schließlich galt die völkische und rassistische Überlegenheit des Deutschtums als Staatsräson, mit mörderischen Auswirkungen.

Nach dem Sieg der Alliierten über den Nationalsozialismus und der Niederlage des Deutschen Reiches kam es zu einer Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen und bald in einen Ostteil und einen Westteil bis hin zur Zweistaatlichkeit. In der zum kommunistischen Sowjetimperium gehörenden DDR im Osten des geteilten Deutschlands konnte keine liberale Demokratie entstehen, vielmehr wurden Menschen- und Freiheitsrechte massiv unterdrückt, begleitet von einem antiwestlichen und antiamerikanischen Staatsverständnis.

In den westlichen Besatzungszonen brachten die drei Siegermächte des Westens eine demokratische Entwicklung auf den Weg. In der Bundesrepublik spielte zunächst die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der autoritären Tradition, die ihn seit dem 19. Jahrhundert tendenziell vorbereitet hatte, offiziell eine wichtige Rolle. Der „Westen“ als Inbegriff des kulturellen und politischen Liberalismus, des Pluralismus und der Demokratie verkörperte den Gegensatz zum konservativen bzw. undemokratisch-rechten Autoritarismus, später Totalitarismus, aber auch zum diktatorischen Kommunismus sowjetischer Prägung. Dabei gab es auch in der Bundesrepublik Deutschland in den ersten Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg neutralistische und national-revisionistische Kräfte, die aber in der Minderheit blieben. Allerdings erhielten sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen trotz der öffentlichen politischen und historischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus Kontinuitäten nationalsozialistischer Mentalitätsbestände.

Dies gilt auch für die DDR und für Ostdeutschland nach 1945 und 1989. Die kommunistische Führung praktizierte nach 1948 in der Sicht auf die Vergangenheit einen zunehmend rituell erstarrten Antifaschismus, der in der Bevölkerung kaum eine lebendige Verankerung fand, und grenzte sich gleichzeitig vom „Westen“ und von der liberalen Demokratie ab. Die DDR-Führung tendierte wie die Westdeutsche Regierung unter Konrad Adenauer dazu, die

Deutschen in der DDR als Opfer des Nationalsozialismus, nicht als Täter zu deuten. In der DDR wurden als Täter die kapitalistischen Funktionsträger in der Weimarer Republik ausgemacht, in Westdeutschland Hitler und eine kleine Gruppe von führenden Nationalsozialisten um ihn herum, die das deutsche Volk „verführt“ hätten. Der Zweite Weltkrieg machte dann in diesen Deutungen die große Mehrheit der Deutschen zu Opfern.

Für die Auseinandersetzungen um die Gestaltung und die spätere Beurteilung der Nachkriegspolitik der Bundesrepublik Deutschland hat die sog. Westbindung eine entscheidende Rolle gespielt. Sie wurde in der sich entfaltenden Blockkonfrontation unter Konrad Adenauer und Theodor Heuss politisch durchgesetzt und später durch Willy Brandt, Herbert Wehner und Egon Bahr, darauf aufbauend, mit ihrer Entspannungs- und Ostpolitik erweitert und komplettiert. Um Westintegration und Entspannungspolitik drehten sich im Wesentlichen die zeitgenössischen politischen Debatten. Deutschland hat mehr als andere Länder über 70 Jahre an der Bruchkante von Ost und West gestanden. Der Ost – Westkonflikt und seine Verhärtungen wie seine Auflösung waren für Deutschland existentiell.

Mit der Wiedervereinigung wurde die lange Gespaltenheit Deutschlands in Ost und West – zwei Staaten in zwei politischen Blöcken, dem „Osten“ und dem „Westen“ – juristisch aufgehoben. Unterschiedliche historische Erfahrungen – politische wie persönliche – und tradierte wie aktuell verschiedene Sichtweisen auf den Westen kamen so in einem gemeinsamen Deutschland zusammen. Latent oder offen nationalistische, antiliberalen, antiwestliche und antiamerikanische politische Strömungen gibt es dabei bis heute, im Osten des wiedervereinigten Deutschland wohl stärker als in dessen Westen.

Auch wenn Deutschland nun wahrlich weder der „Nabel der Welt“ ist noch sich als solcher versteht, ist es doch ein bedeutendes Land in der Wahrnehmung seiner Nachbarn, in Europa, in der westlichen Partnerschaft und in der Welt. Nach den USA, China und Japan stellt Deutschland die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt dar. Es ist die zweitgrößte NATO Nation in einem der mächtigsten militärischen und politischen Bündnisse. Es ist nach der Zahl der Bevölkerung und dem Umfang seiner Volkswirtschaft das stärkste Land Europas. Und gleichzeitig ist Deutschland in der Wahrnehmung und im Urteil weltweit regelmäßig eines der beliebtesten Länder im Länderranking.

Die besondere Verbindung, die Deutschland für sich, aber auch in der Wahrnehmung und Bedeutung seiner engsten Partner in Europa und in Nordamerika mit dem Westen eingegangen ist, muss deshalb als Forderung wie als Herausforderung angenommen werden. Daher ist die aktuelle, zugleich historisch ebenso reichhaltige wie vielschichtige Bedeutung des Begriffs des Westens mit besonderer Sorgfalt und Verantwortung zu analysieren und zu prüfen, um zu einem Urteil zu kommen, wofür der „Westen“ historisch stand und heute steht. Daraus folgt, ob bzw. in welcher Bedeutung er in sozialdemokratischer Sicht in Zukunft als Leitmotiv deutscher Politik – im Inneren und international – weiter gelten soll.

### 3. Der Westen: ein „Mega“-Begriff und seine Substanz

Das ist schon auffällig! Nicht erst im 2021 vorgelegten Koalitionsvertrag von SPD, B 90/Die Grünen und FDP unter dem Motto „Mehr Fortschritt wagen“ findet sich kein einziges Mal der „Westen“ als Begriff, nicht als erklärende Kategorie, nicht als Merkmal von Identität, nicht als politisches Ziel und nicht als Movens von Fortschritt. Was kann eine Erklärung hierfür sein? Hat der „Westen“ als Leitmotiv von Politik und Wegweisung für die Zukunft damit wirklich ausgedient?

„Mega“ Begriffe haben ihre Vorteile, weil sie Komplexität reduzieren, Orientierung geben und Utopie in sich tragen können. Sie können auch zu Brücken zwischen verschiedenen sozialen Systemen werden wie denen der Wissenschaft, der Politik, der Ökonomie, der Kultur und Gesellschaft. Werden „Mega“ Begriffe aber in ihrer Bedeutung überdehnt, drohen sie zur Ursache von Missverständnissen bis hin zu Konflikten zu werden. Dies gilt erst recht dann, wenn sie über die Beschreibung von Fakten im geographischen und geopolitischen Sinne hinaus eine historische und sehr werthaltige Konnotation bekommen; und das hinterlegt in so komplexen Bereichen wie denen von Religion und Kultur, Ökonomie und Technik, Gesellschaft und Politik. Das trifft jetzt auch den „Mega“ Begriff des Westens.

Christentum und Agnostizismus, Adam Smith und Karl Marx, Kapitalismus und Sozialismus, Demokratie und Totalitarismus, Nationalismus, Multilateralität und Weltorganisationen, Kolonialismus und Selbstbestimmung, Atomwaffen und Abrüstung, Wachstumswirtschaft, Ressourcenverschwendung und Nachhaltigkeit durch ressourcensparende Innovation, Verbrennung der fossilen Energien und Klimawandel, Bevölkerungszunahme und Ressourcenschutz, Weltraumeroberung und Biogenetik – viele weltbestimmende Entwicklungen haben ihren Ausgang in den freiheitlichen Gesellschaften des Westens genommen. Im Guten wie im Bösen.

Ohne Zweifel sind aus dem Westen heraus auch zentrale Dokumente der globalen Fortschritts- und Menschenrechtsgeschichte entstanden, angefangen mit der Habeas Corpus Akte von 1679, fortgesetzt mit der Bill of Rights von 1688, beides in England, dann im 18. Jahrhundert mit der Virginia Declaration of Rights von 1776, der nachfolgenden Unabhängigkeitserklärung und der Bill of Rigths der Vereinigten Staaten von 1789, der französischen Revolution und ihrer Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte im Jahr 1789 bis hin zu der vom westlichen Freiheitsverständnis mit inspirierten und getragenen Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 und der Charta von Paris aus dem Jahr 1990. Auch die osteuropäische Freiheitsbewegung, die zur Überwindung des Eisernen Vorhangs geführt hat, war von westlichen Normen der individuellen Freiheit und der Demokratie angeregt und geprägt.

Zugleich haben sich im Westen und durch den Westen Spannungen und Widersprüche aufgebaut und manifestiert, die ernst genommen und aufgearbeitet werden müssen, um seine normative Substanz für die Zukunft herauszuarbeiten.

Hier sind fünf Spannungsfelder besonders zu beachten:

- Das Gleichheits- und Universalismus - Postulat der Aufklärung einerseits, auf das sich der Westen grundsätzlich beruft, steht im Konflikt mit einem offen erklärten Eurozentrismus bzw. klandestinen Überlegenheitspostulat von Vertretern der westlichen Aufklärung und von vor allem westlichen Regierungen andererseits. In seiner Selbstwahrnehmung hat der Westen diese belasteten historischen Kontexte, in denen er sich entwickelt hat, lange Zeit ausgeblendet. Die ausblendende Selbstwahrnehmung hat damit zugleich Entwicklungen ignoriert, die außerhalb des Westens an Aufklärung und ihr entsprechenden Werten orientiert waren.

Trotz der grundlegenden Werte der Aufklärung ist der Westen nicht immer weltoffen gewesen, sondern auch selbstfixiert, gleichgültig, dominant und ausbeuterisch. Die liberalen Demokratien haben internationale moralische Hypothesen aufgehäuft, vom Kolonialismus europäischer Staaten in Afrika und in Asien bis zum Dominanz-Selbstverständnis der USA, z.B. Lateinamerika als seinen „Hinterhof“ zu betrachten und es entsprechend zu behandeln. Die gleiche Würde aller Menschen für die Einwohner der Kolonien wurde nicht anerkannt und nur in Kämpfen respektieren gelernt. Sklaverei und Kolonialismus gehörten zum selbstverständlichen politischen Inventar der großen westlichen Demokratien. Dieser Widerspruch ist in den letzten Jahrzehnten vor allem in Europa, wenn auch nur zögerlich eingestanden und thematisiert worden. Moderne Demokratien des Westens haben zwar in der Regel keine Kriege gegeneinander geführt, aber sie haben schwächere Länder in eigener Souveränität und Willkür angegriffen oder unterminiert.

- Die Überlastung des Erdsystems ist von zentraler Bedeutung für den Legitimationsverlust des Westens. Das tradierte Fortschrittsversprechen funktioniert nicht mehr so, wie es über Jahrhunderte bis in die Gegenwart hinein vom Westen gegeben worden ist. Es bestehen die Gefahr und die Realität neuer Gewalt und erbitterter Verteilungskämpfe. Denn bisher hat es mehr Gleichheit und Gerechtigkeit vor allem durch die Entfaltung der Wachstumsökonomie gegeben. Aktuell wird ihre Dynamik durch die globalisierten kapitalistischen Strukturen getragen. Nun wird aber immer deutlicher, dass diese keine nachhaltige Antwort auf die Herausforderungen aus Naturvergessenheit und ökologischen Grenzen des Wachstums sein können. Der ökonomische Fortschritt ging auf Kosten der Erhaltung von Klima und Umwelt.



- In der internationalen Politik haben westliche Regierungen in der Praxis zu Widersprüchen und Konflikten zwischen dem demokratisch-liberalen Wertesystem einerseits und von kurzfristigen Interessen und Dominanzansprüchen andererseits geführt. Immer wieder gibt es – oft um ökonomischer Vorteile willen - Kooperationen von westlichen Demokratien mit Diktaturen. Zuweilen waren die Regierungen dabei Zwängen bzw. Dilemmata ausgesetzt. Mögen solche Kooperationen auch von nachvollziehbaren Interessen an politischer Stabilisierung gegen Bürgerkrieg und Gewalt begründet sein, so stellen diese moralischen Widersprüche doch national wie international die Glaubwürdigkeit und Stringenz der als wertebasiert proklamierten westlichen Politik in Frage. Das gilt nicht nur für die USA, sondern auch für die EU und für Deutschland.
- Die Staaten und die Gesellschaften aus dem Westen haben aber auch innerstaatliche Hypotheken, von der Vernichtung und der Diskriminierung der indigenen Bevölkerung bis zum Rassismus und anderen Verletzungen der Menschenrechte, die dem Postulat der gleichen Freiheit und Würde aller Menschen widersprechen. Sie finden sich nicht nur in undemokratisch handelnden politischen Institutionen, sondern auch in der politischen Kultur und im gesellschaftlichen Verhalten im Westen.
- Liberalismus und Kapitalismus haben sich in einer Symbiose von politischer und ökonomischer Freiheit, von politischem und ökonomischem Liberalismus entwickelt. Darin ist ein Gegensatz oder zumindest eine Spannung angelegt zwischen der Würde und Subjekthaftigkeit jedes Menschen, wie sie sich in Selbstbestimmung und politischer Freiheit manifestieren, und seiner oft machtlosen Objekthaftigkeit in der kapitalistischen Wirtschaft. In ihr sind die Menschen schon vom Wirtschaftssystem her betriebswirtschaftlich auf ihre Rolle als Produktionsfaktoren bzw. Konsumenten reduziert. Daraus entstehen fortdauernd Widersprüche und Spannungen, etwa zwischen den humanistischen Werten z.B. der Menschenrechte und den ökonomischen Werten z.B. der Effizienz. Humanistische Werte und ökonomische Werte, die sich auch normativ, z.B. durch Ressourcenersparnis, begründen lassen, müssen miteinander in einen begründeten Ausgleich gebracht werden. Deshalb formulierte das Godesberger Programm 1959: „Der demokratische Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe“, und zwar im Dienste eben dieser Balancierung. Eine menschengerechte Demokratie ist etwas anderes als eine marktgerechte Demokratie.

Dabei ist es zugleich mehr als eine Ironie der Geschichte und dient irreführender Propaganda, dass sich auch Diktaturen neuerdings gerne als Demokratien bezeichnen und auf Menschenrechte, Freiheit und Gerechtigkeit, Friedfertigkeit und Souveränität berufen. Sie sind zynisch, wenn sie den Wertekanon des Westens als Camouflage benutzen. Und sie suchen das Lager der freiheitlichen Gesellschaften zu verwirren und zu spalten.

Der „Mega“-Begriff des Westens ist in der öffentlichen Meinung in den USA, in Kanada und in Europa durchaus verankert, wie wir in der Diskussion über den gegenwärtigen Ukraine-Krieg jeden Tag erleben. Wie weit er als Utopie sozialdemokratischer Politik weiter tragfähig ist, wird zu prüfen sein. Denn in seiner gesamten Komplexität und Widersprüchlichkeit in der Welt ist er zu ambivalent geworden, als dass er als umfassendes Leitbild und konkrete Utopie in der Gegenwart vorbehaltlos, ohne Selbstreflexion und ohne Präzisierung bewahrt werden könnte.

#### **4. Freiheit und Demokratie**

Die Vielfalt der konkreten Ausformungen des Westens, auf dessen Traditionslinien sich verschiedene Staaten berufen, zeigt die inhärente Komplexität und das Aufeinanderbezogen sein von Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie. Es gibt viele verschiedene Auffassungen zu Freiheit und Selbstbestimmung und es gibt auch nicht nur die eine perfekte institutionelle Form von Demokratie. Denn es liegt im Wesen von Freiheit, Selbstbestimmung, Pluralismus und daran anschließend im Wesen der Demokratie, dass es nicht nur eine Form der institutionellen Ausgestaltung und auch nicht nur ein richtiges Verständnis geben kann, das dann alle anderen ausschließen würde. „Freiheit, die wir meinen“ wurde und wird in den Staaten und Gesellschaften mit westlich geprägter Geschichte und Orientierung sehr unterschiedlich verstanden und die demokratischen Systeme sind in der freien Selbstbestimmung der Menschen auch unterschiedlich politisch geprägt, z.B. grundlegend als parlamentarische oder als präsidentielle Demokratien. Es gibt westliche Demokratien im geographischen Westen wie im Fernen Osten, im Norden wie im Süden dieser Welt.

Allerdings gibt es eine Bedingung, die zum Erhalt der politischen Freiheit, dem normativen Kern des Westens, unverzichtbar ist: die Verhinderung von Machtmissbrauch durch die institutionelle und kulturelle Verhinderung der Konzentration von Macht. Daraus ergibt sich der Vorrang von Rechtsstaatlichkeit in der liberalen Demokratie und der Beachtung des Menschen- und Völkerrechts. Es gibt keine kulturelle oder nationale Besonderheit, mit der Machtkonzentration und damit die Gefahr des Machtmissbrauchs gerechtfertigt und als demokratisch legitim betrachtet werden könnte. Sie bedrohen immer die gleiche Würde und politische Freiheit der Menschen. Oft wird Machtkonzentration durch angeblich höhere entwicklungspolitische Effizienz gerechtfertigt. Dann heißt es „Brot statt Freiheit“. Wer aber sagt, dass Unfreiheit Brot begünstigt? Und zu welchem Preis? Machtkonzentration kann im Übrigen nicht nur aus politisch-konstitutionellen, sondern auch aus ökonomischen, sozialen oder kulturellen Bedingungen folgen. Auch darauf muss die rechtsstaatliche Sicherung der Freiheit vor Machtmissbrauch achten.

Wenn der Westen und sein Verständnis von Freiheit und Demokratie mehr und etwas Anderes sein sollen als eine geographische Verortung unter den vielen politischen Systemen auf dieser Welt, muss er sich mehr denn je über seinen normativen Kern im positiven wertebasierten

Sinne bestimmen und legitimieren. Dazu gehört, die individuelle Freiheit jedes einzelnen Menschen mit der Verantwortung nicht nur sich selbst gegenüber, sondern auch gegenüber den anderen Menschen in der Familie, der Gemeinschaft, der Gesellschaft zwingend zu verbinden. Westliche Freiheit steht normativ im Gegensatz zu Egoismus oder Laissez-faire. Die Verknüpfung von Freiheit und Verantwortung ermöglicht die Verwirklichung von Gleichheit und Gerechtigkeit, von Mitgefühl und Solidarität in einer normativ definierten Demokratie, die mehr ist als eine „wertfreie“, rein institutionell definierte Staatsform.

Es ist gut, und vom Grundverständnis von Freiheit und Demokratie in diesem Sinne auch gar nicht anders denkbar, dass es immer wieder zu einer Selbstüberprüfung und (zuweilen modifizierenden) Selbstvergewisserung in Gesellschaft wie Staat in den westlichen Demokratien darüber kommt, ob dieser Kern ihrer Letzt - Legitimation Bestand hat, also nicht von der konkreten Politik zerstörerisch konterkariert wird, und wie er bewahrt und weiterentwickelt werden kann.

Und es ist ein großer historischer Fortschritt, dass es bei der nationalstaatlichen Identitätsfindung im Sinne von Freiheit, Menschenrechten und ihrer Konstitutionalisierung in einer Demokratie nicht geblieben ist, sondern Supranationalität bis hin zu den Vereinten Nationen dazu gekommen ist. Dazu gehören Allianzen wie die NATO, die sich als Verteidigungsbündnis von Grenzen und Souveränität wie von Freiheit und Demokratie verstehen und in diesem Sinne Beispiele für eine westliche Wertegemeinschaft sein sollen und wollen, ebenso wie die Europäische Union, ein weltweit bestauntes Unikat an wertebasierter Verantwortungsgemeinschaft und Quasi Staatlichkeit. Aber auch sie müssen sich der Herausforderung stellen, Widersprüche zwischen den eigenen Werten und den politischen Handlungen ernst zu nehmen und immer wieder zu überwinden.

Das Freiheitsverständnis in der Tradition des Westens wird allerdings nicht nur durch Diktaturen und autokratische Regierungen, die im aktuellen Koalitionsvertrag konkret mit China, Russland und der Türkei angesprochen sind, auf die Probe gestellt. Auch zur Überwindung rechtspopulistischer Entwicklungen in Europa selbst bis hinein in große und starke Mitgliedsländer brauchen wir ein klar reflektiertes Selbstverständnis darüber, wohin wir gehören und welche Werte uns leiten. Die Verständigung darüber gelingt umso erfolgreicher, je besser sie die unterschiedlichen historischen Voraussetzungen z.B. in den Staaten des „neuen Europa“ in der Nachbarschaft zu Russland anerkennen, deren wichtiger Teil erfahrene Traumata zwischen den totalitären Regimen des Kommunismus und des Nationalsozialismus sind. Der Ukraine-Krieg unterstreicht die Aktualität und Bedeutung dieser Forderung. Diese Traumata werden in der Gegenwart und wohl leider auch auf eine nicht absehbare Zukunft durch den Überfall auf die Ukraine und die Grausamkeiten und Zerstörungen, die er für die Menschen und das Land mit sich gebracht hat und bringt, neu belebt werden. Es ist nicht nur unsere Pflicht aus den Freiheiten des Westens heraus, diese

Traumata zu verstehen und zu respektieren, sondern auch an ihrer Bewältigung und am Schutz gegenüber weiteren, sich wiederholenden tiefgehenden Verunsicherungen und Verletzungen aktiv und entschieden mitzuwirken.

Nicht zuletzt potentielle Brüche im existenziell wichtigen Verhältnis zur tradierten machtpolitischen Führungskraft des Westens, den USA, erfordern geistige reflektierte Klarheit und Festigkeit im Dialog genauso wie Konsequenz und Souveränität im Auftreten. Die wertebasierte Partnerschaft und die gewachsenen politischen Freundschaften mit den USA müssen mit der Übernahme eigener Verantwortung und mit Investitionen in die gemeinsame Sicherheit und Souveränität in Europa verbunden werden. Das gilt auch für die Sicherheitsinteressen an den Außengrenzen der EU. „Der Einsatz für Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit ist für uns ein unverzichtbarer Teil einer erfolgreichen und glaubwürdigen Außenpolitik für Deutschland und Europa.“ Dieser Kernsatz im Kapitel Außen, Sicherheit, Verteidigung, Entwicklung, Menschenrechte des neuen Koalitionsvertrages ist ein klares Bekenntnis zu einer wertebasierten und europäischen Politik. Sie verlangt unserem Land viel ab, nicht zuletzt zusätzliche Anstrengungen, erhöhte Mittel, eine ressortübergreifende nationale Strategie und neue Prioritäten. Dazu braucht es Selbstbewusstsein und Selbstkritik, Initiative und Einsatzbereitschaft. Sie sind die Voraussetzung von politischer Verlässlichkeit.

## **5. Werteorientierung tut not – mit Europa als Grundlage und Perspektive**

Eine wertebasierte Politik für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie in und mit Europa fängt nicht bei null an. Sie kann zurückgreifen auf klare Prinzipien in Verfassungen und Verträgen. Deutschland und Europa können in diese wertebasierte Politik Realitätssinn und Vernunft, Dialogbereitschaft und Glaubwürdigkeit einbringen. Das hilft bei der offenen Debatte um gemeinsame Strategien und erweiterte Handlungsfelder. Es gibt auch Unterstützung und Sicherheit, wo die geopolitische Konkurrenz um Einflusszonen und das Hegemonialstreben autokratischer Großmächte wie Russland und China drängender Realität werden, als es sich Europa für seine eigene Entwicklung vorgestellt hat. Deutschland und Europa müssen bereit sein, sich im Rahmen der UNO, der NATO und der europäischen Verträge in die Mitverantwortung für den Erhalt und die Verwirklichung der Menschenrechte, von Freiheit und Gerechtigkeit und von Demokratie nehmen zu lassen.

Dieser Einsatz ist gerade da gefordert, wo es kontrovers wird. Menschenrechts- und Freiheitsdialoge, Partnerschaften bei der Förderung von Bildung, Wissenschaft und Forschung, Kontakte und Austausch auf der Ebene von Kommunen und zivilgesellschaftlichen Initiativen bis hin zu deren Unterstützung, Hilfswerke bei Katastrophen und Notlagen können

hier genauso Verbindungen aufbauen wie gemeinsame Interessen an Produktion und Handel und wirtschaftlicher Verflechtung.

Die Flüchtlings- und Migrationspolitik der EU widerspricht allerdings in den letzten Jahren fast täglich den proklamierten Werten und auch dem Völkerrecht und erfordert deshalb offenen Widerspruch. Push-Backs, die von der EU geduldet und z.T. im Verhältnis zu Libyen z.B. unterstützt werden, stehen in klarem Gegensatz zu den eigenen diesbezüglichen Selbstverpflichtungen.

Die neue Bundesinnenministerin hat sich allerdings sehr schnell um einen Neuanfang in der Flüchtlings- und Migrationspolitik bemüht, wie er im Koalitionsvertrag skizziert ist. Die EU Regierungen haben schnell aufnahmebereit und integrationsorientiert reagiert. Freilich stellt sich erneut die Frage, wie die Aufnahme der Geflüchteten gerecht dezentral geregelt werden kann, nicht nur innerhalb der EU, sondern auch innerhalb Deutschlands. In Polen zeigen sowohl die Regierung als auch vor allem die Zivilgesellschaft eine beeindruckende Aufnahmebereitschaft für die ukrainischen Geflüchteten. Dennoch verfolgen die polnischen Sicherheitskräfte an der belarussischen Grenze weiterhin ihre völkerrechtswidrigen Push-backs der Geflüchteten aus Afghanistan und dem Nahen Osten. Nur wenn die EU den Widerspruch zwischen Ihren Werten und ihrer flüchtlingspolitischen Praxis endlich aktiv und mutig überwindet, ist sie ein glaubwürdiger Repräsentant westlicher wertebasierter Politik.

Mit Staaten, die Menschenrechte, Freiheit und Demokratie gefährden oder unterdrücken, kann und muss es für umgreifende politische Interessen wie den Klimaschutz oder konkrete Schritte der Friedenssicherung zwar Kooperationen geben, allerdings keine wertebasierte Partnerschaft oder gar Freundschaft. Für übergeordnete gemeinsame Klima- oder Sicherheitsinteressen brauchen wir die Anstrengung des sachlichen Dialogs. Die klare Ansprache von Unterschieden und Kritik, das „We agree to disagree“, muss dabei ausgehalten werden. Es trägt zur Nachhaltigkeit von Übereinkommen bei.

„Responsibility for freedom and democracy“ kann ein breites Spektrum an Mitteln aktivieren - mit allen Facetten der Diplomatie an erster Stelle. Die Kanäle in den Systemen der ökonomischen, technologischen und wissenschaftlichen Interdependenzen sind hier dann genauso gefordert wie finanzielle Anreize und Sanktionen. Beratung, Ausbildung, Schulung und materielle Unterstützung im Bereich von polizeilicher und militärischer Sicherheit finden grundsätzlich da ihre Grenzen, wo sie gegen die Menschenrechte, Freiheit und Demokratie im betreffenden Land oder gegen die Sicherheit und Souveränität anderer Länder gerichtet sind oder gerichtet werden können.

Militärische Stärke hat ihre Bedeutung für den Schutz der eigenen Grenzen und unserer Werte durch Abschreckung und als solidarischer Beitrag für Sicherheit und Frieden unserer Bündnispartner. Unser Land wurde durch ein solches Bündnis von der menschenverachtenden, völkermordenden Nazi-Diktatur befreit. Dabei musste der Verlust

vieler Menschenleben hingegenommen werden. Der Weltkrieg von 1939, der letzte wirklich globale Krieg seit über 70 Jahren, hat zu bis dahin nicht gekannten Zerstörungen, Millionen an Toten und Verletzten geführt.

Der grausame und völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine setzt in unerwarteter Härte das Thema der militärischen Sicherheit und der Landesverteidigung in Europa wieder auf die Tagesordnung. Die Grundidee der gemeinsamen Sicherheit wird langfristig als Frieden fördernde Strategie neben der Abschreckung nicht obsolet. Aber wir müssen neue Wege dafür entwerfen, wie Gegner, die für die gemeinsame Sicherheit nicht gewonnen werden können, sowohl militärisch als auch durch eine langfristige Eindämmungspolitik an militärischen Aggressionen gehindert werden können. Die neuen Strategien müssen innerhalb der EU und der NATO gemeinsam erarbeitet werden. Wichtig ist es aber auch, dass die Länder, die sich dem Westen zugehörig fühlen, ihre Verpflichtungen gegenüber den Ländern des Globalen Südens erfüllen. Das heißt, dass sie sich für die Verwirklichung der gemeinsam beschlossenen Nachhaltigkeitsziele der UN und der Transformation im Sinne der Pariser Klimaziele engagieren und darauf verzichten, die Länder des Globalen Südens nach ihren eigenen kurzfristigen Interessen zu instrumentalisieren.

Die unreflektierte Erneuerung von Zielen des Pazifismus reicht angesichts des Ukraine – Kriegs als Antwort darauf nicht aus. „Ein selbstkritischer Pazifismus erkennt an, dass, für eine friedliche Welt Freiheit, Demokratie, Menschenrechte keine Luxusgüter sind, gerade weil sie global so angefochten sind. Ein historisch aufgeklärter Pazifismus erkennt an, dass es wirklichen Frieden nicht ohne Recht gibt, dass Frieden eine Funktion von Recht ist, dass also Frieden den Einsatz von Stärke gegen Unrechtsregime verlangen kann. Ein ernüchterter Pazifismus erkennt an, dass eine stabile Friedensordnung nur eine regelbasierte Ordnung sein kann, eine Welt der Verträge und des Völkerrechts, dessen Einhaltung und Durchsetzung auch Pazifisten angehen muss.... Selbstverteidigung ist nach der UN – Charta ein Recht souveräner Staaten“ (Wolfgang Thierse, 2.4.2022) Deutschland hat dieses Recht zur Selbstverteidigung seiner Souveränität und seine Pflicht zur Verteidigung der Souveränität von anderen Staaten in der Nordatlantischen Allianz gefunden, zusammen mit vielen anderen Staaten Europas und den Partnerstaaten USA und Kanada. Und es findet sie auch in der wachsenden und sich vertiefenden Gemeinsamkeit in der Europäischen Union.

Eine kluge Politik von Kooperation und Austausch, von Vernetzung und Partnerschaft sehen wir auch in Zukunft grundsätzlich als richtige Antwort auf die Frage an, wie das Unheil von Krieg und Erpressung und Abhängigkeit in Zukunft verhindert werden kann. Starke Bündnisse, eine verstehende und vorausschauende Diplomatie und ein breites Spektrum an nichtmilitärischen Maßnahmen wie zivilgesellschaftlichen Verständigungen, wo dies möglich ist, müssen Konflikten vorbeugen und zugleich für Konfliktfälle vorbereitet werden und auf deren Lösung anwendbar sein. Und dennoch müssen wir anerkennen: Im Verbund und als

Voraussetzung für die Sicherung von Frieden und Freiheit, von Souveränität und Demokratie sind ausreichende militärische Stärke und Handlungsfähigkeit im Bündnis notwendig angesichts von geopolitischen Realitäten und machtpolitischen Interessen und Aktionen, die sich auf Verständigung nicht einlassen wollen und die nicht ignoriert werden dürfen. Das zwingt dann auch immer wieder neu zu einer umfassenden Abwägung von Werten und Interessen, Notwendigkeiten und Risiken, wieweit eine eigene unmittelbare militärische Beteiligung oder Unterstützung mit Waffen oder eine mittelbare Einwirkung auf die militärischen Auseinandersetzungen durch ökonomische und andere Mittel notwendig ist.

Eine wertebegründete Politik muss mehr denn je danach streben, dass direkte militärische Eingriffe über das Recht der Selbstverteidigung hinaus nur unter dem Mandat der Vereinten Nationen erfolgen. Sie können nicht nur da notwendig werden, wo die Souveränität und die Grenzen von Staaten bedroht sind, sondern auch da, wo Menschenrechte und elementare Freiheiten durch Bürgerkrieg und Verfolgung verletzt werden. Afghanistan hat freilich gezeigt, wie schwer es ist, eine militärische Intervention in ein erfolgreiches Democracy Building zu überführen. Generell gilt: Militärisch ist es eher möglich, Stabilität und Frieden zu wahren als sie allererst zu schaffen. Deutschland, Europa und die Verbündeten sind aufgerufen, die Bedingungen und Voraussetzungen für künftige Kriseninterventionen aus den positiven wie negativen Erfahrungen der bisherigen Einsätze kritisch aufzuarbeiten. Generell auf eine wertorientierte internationale Politik zugunsten reiner Machtpolitik um Einflussphären zu verzichten, ist für Sozialdemokraten keine Option.

Die jugoslawischen Nachfolgekriege wie auch der arabische Frühling oder der fragile demokratische Aufbau auf dem afrikanischen Kontinent demonstrieren die Paradoxie von Befreiungsbewegungen und Kämpfen um demokratische Veränderung. Auch wenn sie Frieden, Freiheit, Souveränität und Sicherheit befördern wollen, können sie wieder eine Ursache von Destabilisierung, Vertreibung, Folgekriegen und Diktatur werden. Wer sich den Menschenrechten, der Freiheit und der Demokratie verpflichtet fühlt, wird aber Stabilität und Verlässlichkeit nicht gegen das Streben nach Freiheit und Demokratie ins Feld führen wollen. Denn gegen Freiheit und Demokratie haben Stabilität und Verlässlichkeit langfristig auch keinen Bestand. Eine wertegeleitete Politik für Menschenrechte, Entwicklung und Sicherheit darf vor ihren möglichen Paradoxien, Dilemmata und Risiken nicht erschrecken, sondern muss Haltung und zielführende Mittel und Wege miteinander verbinden, wo und wie immer dies möglich ist. Hier haben wir noch viel zu lernen.

## **6. Westliche Ideale und die neuen Probleme**

Mit der Fokussierung auf die Internationale Politik im Sinne von Freiheit, Demokratie sowie deren Entwicklung und Sicherung sind im Zeitalter des Anthropozäns gleichzeitig andere

Herausforderungen und die damit verbundenen Konflikte für Deutschland, Europa und die Welt anzusprechen.

Die Weltbevölkerung wächst absehbar um weitere Milliarden. Die Überhitzung des Globus droht Realität zu werden. Die Biodiversität nimmt dramatisch ab. Pandemien erreichen und plagen die Menschen. Weltvernichtende Waffensysteme werden modernisiert und breiten sich aus. Von der Genetik bis zur Digitalisierung greifen neue Technologien auf Kernfragen des menschlichen Lebens zu.

Diese Entwicklungen sind in ihren Ursachen wie in ihren Wirkungen nicht mehr an einzelne Staaten oder Regionen der Welt gebunden. Sie kennen keine Grenzen, haben absehbare Vorlaufzeiten und geraten an Kippunkte der Irreversibilität. Sie verändern die Welt im schlimmsten Fall unabhängig von den universellen Werten, die aus der Geschichte des Westens erwachsen sind. Einmal in Gang, machen sie nicht halt vor den verschiedenen Religionen und Ideologien, vor Demokratien und Diktaturen, vor armen und reichen Ländern. Sie sind existentiell für die Menschheit insgesamt. Deshalb ist es wichtig zu präzisieren, wo sie aus einem unreflektierten westlichen Freiheits- und Fortschrittsverständnis herrühren – z.B. aus einem ressourcenverschwendenden Kapitalismus - und wie Freiheit in Zukunft angemessen politisch gestaltet werden muss. Ebenso wichtig ist zu prüfen, wieweit Freiheit erforderlich ist, um zu innovativen sozialen oder technologischen Lösungen der Klimakrise zu kommen.

Die erste Phase der Aufklärung in der Geschichte der Moderne ermöglichte der Menschheit ein vollkommen neues Verständnis von den naturwissenschaftlichen Kausalitäten und der Rationalität des Denkens. Dies führte über die neuen Freiheiten in Wissenschaft und Forschung zu tiefgreifenden neuen Erkenntnissen und deren Umsetzung in neue Technologien zur Entwicklung und Ausbreitung von wachsenden existentiellen Freiheiten und zu einer besseren Lebensqualität für große Teile der Menschheit. In der zweiten Phase der Aufklärung entwickeln sich Wissenschaft und Forschung jetzt dahin, dass sie von dem Verständnis der Ursachen zu einer immer besser belastbaren Voraussage von möglichen Folgen menschlichen Handelns in ihren globalen und existentiellen Wirkungen fortschreiten und Handlungsmöglichkeiten und Entwicklungspfade für die Zukunft aufzeigen. In der Politik wie in der Gesellschaft treten das Verständnis und der Umgang mit den sich akkumulierenden Wissensbeständen, den an erkenntnistheoretische und methodische Voraussetzungen gebundenen Grenzen von Wahrheiten und der Bedeutung von Wahrscheinlichkeiten zunehmend als dritte folgenreiche Dimension neben die Klärung von Werten und die Austragung von Interessen. Denn von ihnen hängt die gemeinsame Bestandsaufnahme unserer tatsächlichen Herausforderungen ab.

Welche Bedeutung bekommt diese in ihrer Relevanz anwachsende dritte Dimension – die erkenntnis- und wahrheitskritische gemeinsame Bestandsaufnahme - nun im Kontext der



globalen Erfordernisse von Transformation? Der Umgang mit den Überlebens-Problemen, die Zusammenarbeit über Systemgrenzen hinweg, das Aushalten von Spannungen und die Bewahrung von Glaubwürdigkeit nach innen wie nach außen stellen eine Politik, die sich den Idealen von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet fühlt, gewiss vor besondere Herausforderungen. Wo es sich um existentielle Bedrohungen für die ganze Menschheit handelt, deren Bewältigung keinen Aufschub duldet, können wir es uns aber nicht leisten, Hindernisse gegen eine Politik der lösungsorientierten Verständigung aufzurichten. Wissenschaft und Forschung müssen ganz im Gegenteil weltübergreifend geöffnet und organisiert werden. Dies ist durchaus im Sinne liberaler Freiheit. Zur Erkennung und zum Verständnis der Probleme und zur Rezeption dieser Erkenntnisse über die Systemgrenzen hinweg wie zu den Handlungserfordernissen und Pfadoptionen zu Bewältigung der absehbaren Gefahren und Risiken brauchen wir zudem eine globale Perspektive, wenn es um natürliche, technologische und ökonomische Kapazitäten geht, die zur Lösung der gemeinsamen existentiellen Probleme der Menschheit notwendig sind. Es ist das Schicksal des Überlebens in der einen gemeinsamen Welt, dass hierzu Handlungen und Verabredungen auch mit Staaten und Systemen gehören können, mit denen wir in ihren Wertvorstellungen nicht viel gemeinsam haben. Dem hierin liegenden Dilemma muss sich eine wertorientierte Politik umso mehr mit Transparenz, mit Erklärung und dem erkennbaren Ringen um die jeweils beste Lösung stellen.

Frieden ist eine Voraussetzung eines würdigen Lebens. In einer von Waffen zerstörten Welt haben Menschenrechte, Freiheit, Demokratie kaum eine Grundlage. Für ein würdiges Leben brauchen wir aber auch den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Das zwingt zu politischen Kooperationen zugunsten der gemeinsamen Lebensgrundlagen, damit die Werte des Westens realisiert werden können. Dabei ist klar, dass die globale Transformation für Klima, Biodiversität und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen den Einsatz aller erfordert, auch den der autokratischen Welt. Kooperation geschieht hier dann aber nicht auf der Ebene von freundschaftlicher Übereinstimmung und moralischer Nivellierung, sondern von Unterscheidung und Grenzziehung, was die Wertebasierung angeht, und von Transparenz und Sachorientierung, was die existentiellen Notwendigkeiten und das Überleben der Menschheit betrifft.

## **7. Was können ein deutscher und ein sozialdemokratischer Beitrag sein?**

Politik ist konkret. Die SPD ist immer noch „keine Weltmacht“ und SPD-Parteitage sind keine „Weltregierung“, um den ironisch-weisen Willy Brandt zu aktualisieren. Aber unsere Partei steht in den nächsten vier Jahren in Regierungsverantwortung für das ganze Land und darüber hinaus. Sie führt die Koalition aus dem Kanzleramt an und ist mit der Verantwortung für das

Verteidigungsministerium und das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit an entscheidenden Stellen der gemeinsamen oder antagonistischen Entwicklung von Ost und West, Nord und Süd gefordert. Konstruktive grundsätzliche und nicht nur tagesaktuelle Debatten in der SPD und in der europäischen Sozialdemokratie sind für eine gelingende sozialdemokratische Politik unverzichtbar.

„Wenn ich sagen soll, was mir neben dem Frieden wichtiger sei als alles andere, dann lautet meine Antwort: Ohne Wenn und Aber: Freiheit“ (Willy Brandt). Was der Friedensnobelpreisträger von 1971 hier in Worte gefasst hat, darf auch 50 Jahre danach noch uneingeschränkte Gültigkeit beanspruchen. Brandt selbst hat dann in seiner Arbeit für die Sozialistische Internationale die Bedeutung von gemeinsamem Handeln in der Globalität des nächsten Jahrhunderts und in der Leitung der Nord-Süd-Kommission auf die deutsche, europäische und internationale Tagesordnung gesetzt; ebenso wie das Bewusstsein und die Verpflichtung des reichen Nordens zur Solidarität gegenüber dem ärmeren Süden.

Er hat damit die Sozialdemokratie zum Geburtshelfer und Paten einer zukunftsgerichteten Form von Weltoffenheit und Weltverantwortung gemacht, die, wenn auch nicht Staatsräson, so dennoch politisches Grundkapital in Deutschland für die nachfolgenden 50 Jahre und das konkrete Regierungshandeln geworden ist. Aus der Westbindung und dem Ausgleich mit dem Osten folgen ein Zusammenwachsen Europas und eine „Weltbindung“ für die Zukunft, die dann auch nicht durch wechselnde Regierungsbündnisse grundsätzlich in Frage gestellt werden sollte. Dies gilt es mit der neuen Übernahme der Regierungsverantwortung jetzt umso dringlicher zu beherzigen

Für die SPD als Partei und die Sozialdemokratie als führende Regierungskraft mit Blick auf das nächste Jahrzehnt muss dieses Vermächtnis Anspruch sein, sich mit neuem Interesse und neuer Aufgeschlossenheit Fragen und Problemen der Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Klimapolitik zuzuwenden, wertebasiert, europäisch und global. Dies muss in dem Bewusstsein geschehen, dass nicht nur Friedenssicherung und Abrüstung auf globale Lösungen angewiesen sind, um erfolgreich zu sein, sondern auch Klimaschutz für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die Ressourcensicherheit. Was Friedensbewegung und Fridays for Future als Mahnung auf die Straße tragen, muss die SPD so in Konzepte und politische Entscheidungen umsetzen, dass die elementaren Menschenrechte auf den Schutz vor Armut, auf den Erhalt von Heimat, auf die Chance auf eigene Entwicklung und insgesamt auf die Freiheit des und der Einzelnen unter Einschluss der Verantwortung gegenüber den Mitmenschen erfolgreicher gewahrt werden.

Die offene und zukunftsgerichtete Diskussion über diese Fragen ist anspruchsvoll und schwierig. Sie reicht vielfach über den unmittelbaren Alltag und die Lebenswirklichkeit der Menschen und auch unserer Mitglieder und der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger hinaus. Sie verlangt Abkehr von einfachen Antworten und alten Gewissheiten. Zur

Anerkennung der eigenen Begrenztheit als ein Partner unter vielen und zum Stolz auf die Zurückhaltung im offensiv Militärischen sollte der Stolz auf ein Ja zu neuen realistischen Initiativen für Freiheit und Demokratie und ein Ja zu mehr Verantwortung in der globalen Entwicklungs-, Friedens- und Existenzsicherung kommen. Wir müssen auch in der SPD diese Debatten erst wieder lernen, ohne Vorhaltungen, ohne apodiktische Positionen, durchaus suchend und immer mit anderen zusammen auf dem Weg zu aktiven Partnerschaften in der Zivilgesellschaft wie in der Staatengemeinschaft. Es gilt, die gleiche Würde und politische Freiheit aller Menschen als wichtigsten aller Grundwerte im Zusammenhang von Gerechtigkeit und Solidarität zu stärken – als Bürgerrecht im Inneren und als Zukunftsrecht im Äußeren: selbstkritisch, partnerschaftlich, zuversichtlich, gerade auch zugunsten der Lösung unserer neuen globalen Herausforderungen.

Die wahrgenommene Eindeutigkeit des Begriffs des „Westens“ in der Nachkriegszeit ist offensichtlich einer erheblichen politischen und historischen Infragestellung und Erosion gewichen. Daraus gilt es, klärende und genaue Konsequenzen zu ziehen, für eine breit fundierte inhaltliche Orientierung der deutschen aktuellen und zukünftigen Politik. Aber auch, um Kontroversen und mögliche Polemiken, die sich immer um den Begriff des „Westens“ gerankt haben und häufig der sozialdemokratischen Friedens- und Entspannungspolitik entgegengehalten worden sind, mit überzeugenden Argumenten zu parieren. Denn für die zukünftige multipolare Weltkonstellation spielt es eine Rolle, ob die liberale Demokratie bzw. das Konzept der gleichen politischen Freiheit eine Grundlage für internationale Koalitionen bzw. Kooperationen darstellt oder nicht, und wie dies mit dem Versuch einer Friedens- und Klimapolitik zu vereinbaren ist, die systemübergreifende Kooperation erfordert.

Die gleiche politische Freiheit des Westens ist bis heute vom Westen selbst oft kompromittiert worden. Das hat immer auch im Inneren eine vernehmliche Selbstkritik ausgelöst, die seit der Aufklärung auch ein Markenzeichen des Westens ist. Es macht einen Unterschied, ob Regierungen oder Gesellschaften gegen die eigenen proklamierten Werte verstoßen, worauf sich dann die innere Selbstkritik richten kann, oder ob die Werte durch kulturelle Relativierung unkenntlich gemacht bzw. zynisch für das eigene Handeln reklamiert und zugleich negiert werden.

## **8. Für eine globale Kooperation der Demokratien – als Utopie aus dem Westen**

Der Westen hat eine Erfolgsgeschichte. So widersprüchlich sie im Konkreten auch gewesen ist, kann hierauf für die Zukunft mit Selbstkritik, aber mit auch daraus erwachsendem Selbstbewusstsein und Zuversicht aufgebaut werden. An das klassische Bündnis des Westens, die Allianz von Europa und Nordamerika, und die Allianz für Multilateralismus, die auf

sozialdemokratische Initiative zusammen mit Frankreich aus Europa heraus weitere Brücken gebaut hat, sollte sich eine globale „Kooperation der Demokratien“ anschließen, die über den transatlantischen Kontext weit hinausgreift. Damit entwickelt sich die Freiheit als normatives Projekt des Westens zur globalen Demokratie als regulativer Idee aus dem Westen, die wir auch in Zukunft brauchen und die es erfordert und verdient, als Grundorientierung engagiert weitergetragen zu werden.

Die Menschenrechte, die Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, das System der Demokratie, die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, die Trennung von Staat und Kirche, Aufklärung und Vernunft – dies alles ist ein Schatz, den es in den Staaten des Westens zu bewahren, zu schützen und zu pflegen gilt. Das bleibt. Je überzeugender und glaubwürdiger er als positive Utopie für die Weltgesellschaft von morgen fair geteilt wird, desto besser kann er von anderen in eigener Souveränität aufgenommen werden.